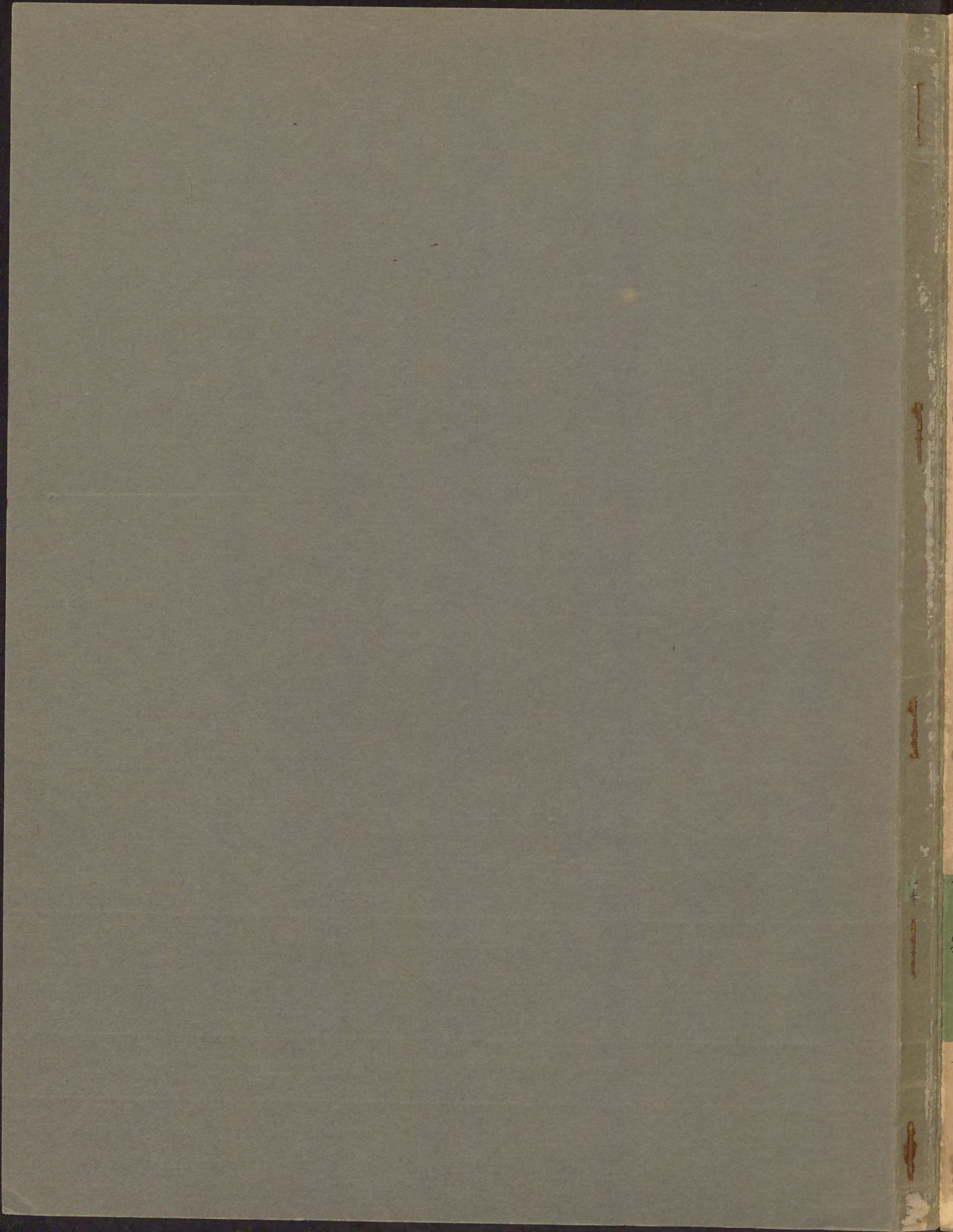


**Bibliothek
des Instituts für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel**

Signatur

C 2478



154 397 4597

Denkschrift


betreffend

die Besteuerung des Branntweins,

ausgearbeitet im Auftrage

des Clubs der Landwirthe

zu Frankfurt a. M.



Darmstadt.

Druck von C. W. Leske.

1870.

VIII.
Zoll-
steuer-
finanz-
wesen

W



Die Brennsteuer-Gesetzgebung des früheren Steuervereins wurde in Folge der im Jahre 1866 eingetretenen Erweiterungen des Preussischen Gebietes zuerst auf das ehemalige Hannover, Schleswig-Holstein, Kurhessen, Nassau und Frankfurt a. M., und dann mittelst Gesetzes vom 8. Juli 1868 auf beide Mecklenburg, Lauenburg, Lübeck, die zum Norddeutschen Bunde gehörigen Theile des Großherzogthums Hessen, und die nach dem 1. Januar 1868 in die Zolllinie des Zollvereins gezogenen und noch zu ziehenden Preussischen und Hamburgischen Gebietstheile, und endlich durch Staatsvertrag auch auf die südlich des Mains gelegenen Theile des Großherzogthums Hessen ausgedehnt. Diese außerordentliche räumliche Ausdehnung des Steuerbezirks von c. 5500 □ Meilen auf c. 7500 □ Meilen und von c. 23 Mill. auf über 30 Mill. Einwohner hatte die Verschmelzung sehr heterogener Verhältnisse im Gefolge. Während früher die mehr gleichartigen landwirthschaftlichen Verhältnisse und die von diesen abhängigen mehr übereinstimmenden Bedürfnisse des an großen Besitzungen reichen Steuervereinsgebietes den vorhandenen Steuermodus noch einigermaßen rechtfertigten, obwohl derselbe zum offenbaren Nachtheil der Landwirthschaft der Rheinprovinz, Westphalens u. bestand, so involvirt heute das Gesetz die schwerste Schädigung der Besitzverhältnisse in allen neu zum Steuergebiete zugezogenen Ländern, es bedroht sogar in den meisten Fällen das Gewerbe und damit die so außerordentlich wichtige Entwicklung der Viehzucht und Viehhaltung daselbst mit dem Untergange.

Es darf als eine allseitig unbestrittene Thatsache bezeichnet werden, daß der Betrieb der Spiritusfabrikation fast ausnahmslos einen directen Gewinn nicht liefert, sondern der Vortheil derselben neben einer gesicherten Verwerthung der Erzeugnisse des Bodens in der Gewinnung größerer Mengen von Schlempe-Rückständen zum Zwecke der Viehfütterung besteht. Die große Bedeutung dieser Rückstände fällt sofort in die Augen, wenn man bedenkt, daß in denselben fast die sämmtlichen Proteinstoffe (Blutbildner) und die sämmtlichen Aschenbestandtheile der verarbeiteten Kartoffel- und Gerste-Erndten enthalten sind, und nur das Stärkemehl u., also die Respirationsmittel, welche indeß, da sie meist in großem Ueberschusse in den eigenen Futtermaterialien der Wirthschaft vorkommen, als Düngermaterial kaum einen und als Futtermittel nur einen untergeordneten Werth besitzen, dem Rohmaterialie entzogen werden, die Proteinstoffe und Aschenbestandtheile dagegen für die Zwecke der Ernährung des thierischen Körpers, sowie als Pflanzennährstoffe von der höchsten Bedeutung sind. — Die siedend heiße und flüssige Beschaffenheit der Schlempe macht diese außerdem geeignet zum Anbrühen voluminösen, holzfaserreichen oder durch die Witterung geschädigten Rauhfutters, bezw. zum Aufschließen der schwerer verdaulichen Nährstoffe. Mäßig warm als Getränk gegeben, ist die Schlempe ein vorzügliches Milchfutter.

Diese hohe Bedeutung des Brennereibetriebes für die Landwirthschaft wird um so mehr gesteigert, als die sichere Beschaffung großer Futtermengen schwierig wird, mag dies nun in Folge des Mangels an Wiesen und Weiden, der Kleeumfähigkeit des Bodens, der Unmöglichkeit des Luzerne- und Esparsettebaues, der Unsicherheit des Anbaues der Hülsenfrüchte, der Serradella u. dgl., oder der Schwierigkeit des ausgedehnten Rübenbaues u. der Fall sein. Das Brennereigewerbe giebt uns das Mittel an die Hand, durch die Kartoffel-Schlempe einen großen Theil des erzielten Stroh- und Raff-Ertrages in ein für Rindvieh dem Heu gleichwerthiges Futter umzuwandeln. Wir besitzen in demselben demnach das wirksamste Mittel, den fatalen

Folgen des Mangels an Wiesen und sonstiger geringer Raufutter-Production zu begegnen. Der Betrieb der Spiritusfabrikation wird aber geradezu zur zwingendsten Nothwendigkeit für Wirthschaften mit vorwiegend trockenen Bodenarten, auf denen nur Roggen und Kartoffeln sichere Erträge liefern, oder in Folge grandigen Untergrundes und tiefen Standes des Grundwassers Lupinen, Serradella, Buchweizen etc. nur in nassen Jahrgängen (also selten) überhaupt ein Grundteilergebnis liefern, in welchem Falle auch noch bei dem Mangel an Wiesen nur in der Verwerthung der Kartoffelernde durch Spiritusfabrikation die einzige Quelle für eine reichliche Futtergewinnung für den in gleicher Größe gar nicht auf andere Weise durchzubringenden Viehstand gefunden werden muß. Im Anbau der Kartoffeln wird hier die einzige Handelspflanze und das sicherste Futtergewächs cultivirt. Auch darf hier an die eminente Bedeutung der Kartoffel als Hackfrucht und für die Durchführung des Fruchtwechsels erinnert werden. Für viele Bodenarten ist dieselbe die einzig mögliche Culturpflanze dieser Art.

Die ange deutete hohe Wichtigkeit des Brennereibetriebes für die Zwecke der Landwirtschaft im Allgemeinen, und ganz besonders für Güter, auf welchen aus Mangel an Wiesen und wegen allzugroßer Unsicherheit des Raufutterbaues nur durch die Brennerei der Ersatz ermöglicht werden kann, wird sowohl von den Landwirthen des ehemaligen Steuervereins, als auch den gegen ihre Interessen und ihren Willen in das so erweiterte Steuergebiet aufgenommenen Landwirthen in vollem Maße erkannt. Gerade diese Erkenntnis, sowie die Ueberzeugung, daß sowohl die Höhe, als auch namentlich der Modus der Besteuerung die natürlichen günstigen Bedingungen für die Spiritusfabrikation künstlich abzuändern im Stande sind, halten als Lebensfragen die landwirthschaftlichen Kreise in fortwährender Spannung und Besorgnis.

Die enorme Höhe der Steuer, welche in einem unrichtigen und nachtheiligen Verhältnisse zum Werthe des Fabrikates steht, lastet schwer auf dem Gewerbe. Die ursprüngliche Absicht des Gesetzgebers, den Consumenten zu besteuern und den Producenten nur die Steuer vorlegen zu lassen, erwies sich als illusorisch, da der Spiritus ein Welthandels-Artikel geworden ist, der Welthandel aber den Preis macht. Eine Vorlage kann jedoch nur das genannt werden, was man mit Sicherheit zurückerhält. Dies trifft bei der Branntweinsteuer nicht zu, am wenigsten bei der Maischraumsteuer. Die Höhe der Steuer, in Verbindung mit dem Modus der Maischraumbesteuerung bedingt einen großen und kostspieligen Apparat von controlirenden Steuerbeamten, deren peinlich lästige Controle sammt den draconischen Bestimmungen des Gesetzes nicht vermögen, Defraudationen wirksam vorzubeugen. Die vorzugsweise in Betracht kommende Defraudation des sog. Ueberschöpfens, bei welchem Verfahren noch nicht völlig vergohrene, aber unverseuerte Maische abdestillirt wird, läßt sich in kurzer Zeit und mit verhältnißmäßiger Sicherheit vollziehen. Die Bedingungen eines solchen lohnenden Betriebs beruhen auf dem Besitze günstig gelegener Localitäten und verschwiegener Gehülfen. Das Vorkommen dieser Steuerverkürzungen hört aber sofort auf, wenn der Werth des Materials, welches geopfert wird, mehr beträgt, als die Steuer-Ersparung, also bei Herabsetzung der Steuer und auch beim Verlassen der Maischraumbesteuerung. In der unnatürlichen Höhe der Steuer wird der Sporn zur Umgehung derselben gepflegt und großgezogen.

Neben der Höhe ist es der Besteuerungsmodus, die Maischraumbesteuerung, welche das Gewerbe in den neu zum Steuergebiete gezogenen Ländern mit dem Ruine bedroht. Leider gehen nach dieser Richtung hin die Stimmen der Landwirthe je nach ihren wirklichen oder vermeintlichen Interessen auseinander. Die Verhandlungen des vom 8. bis 13. Februar v. J. in Berlin abgehaltenen II. Congresses Norddeutscher Landwirthe, auf welchem die compacte Majorität der näheren Umgebung Berlin's dominirte, gaben hiervon Zeugnis.

Die Prüfung des Brennsteuer-Modus wird sich nach zwei Hauptrichtungen zu erstrecken haben, und zwar:

- 1) Ob die Steuervertheilung gerecht und
- 2) ob sie zweckmäßig sei.

Nach dem Gesetze vom 8. Februar 1819 soll die Steuer für das preussische Quart Branntwein zu 50% Alkoholstärke nach Tralles $1\frac{9}{16}$ Sgr. = $18\frac{3}{4}$ Pfg. betragen. Durch Cabinets-Ordre vom 20. Juni 1822 wurde als Erhebungsmodus die Maischraumsteuer der leichteren Controle wegen eingeführt. Diese Erhebungsart mag vor einem halben Jahrhundert bei dem niedrigeren Steuersatz von $1\frac{1}{4}$ Sgr. pro 20 Quart Maischraum und bei den günstigen Conjunctionen für den Brennereibetrieb eher am Platz gewesen sein, als Wissenschaft und Technik noch nicht in der Lage waren, uns einen zuverlässigen Steuercontrol-Apparat zur Verfügung zu stellen. Heute ist derselbe vorhanden, und daß die von den Steuerbehörden angestellten Versuche nicht ungünstig ausgefallen, beweist uns, daß vom Bundesrathe die Einführung der facultativen Fabrikatsteuer dem Reichstage vorgelegt, dieselbe also als ausführbar befunden wurde.

Die hervorragendsten Nachteile des jetzigen Besteuerungsmodus sind:

- 1) Das Rohmaterial kann nicht vollständig ausgenutzt werden;
- 2) die besten Kartoffeln müssen der Verwendung zur menschlichen Nahrung entzogen und für die Brennerei verwendet werden;
- 3) der Branntweinbrenner ist darauf hingewiesen, nicht nach den natürlichen Verhältnissen des Bodens die entsprechende und den höchsten Ertrag (sowohl nach Menge als Güte) liefernde Kartoffelsorte anzubauen, sondern er muß mit Vernachlässigung der Menge einzig den Stärkemehlgehalt cultiviren, wenn auch nicht nur die Rohertragsmenge, sondern auch die erzielte Stärkemenge, pro Morgen berechnet, hinter dem Ertrage einer anderen dem Boden mehr angemessenen, aber stärkemehlrärmeren Sorte zurückbleibt.

ad 1. Die hohe Besteuerung führte selbstverständlich dazu, daß die höchste Ausnutzung des theuren Maischraums angestrebt wurde, und zwar unter Aufopferung von großen Mengen Rohmaterial. Fast ganz im Verhältniß wie der Maischraum einer erhöhten Besteuerung unterlag, nahm das Dickmaischen zu. Während 1831—1837 auf 100 Quart 1,08 Scheffel Kartoffeln verwendet wurden, betrug die Menge in den Jahren

1851 — 1853 auf 100 Quart 1,68 Scheffel und

1864 — 1868 „ „ „ 2 „ und mehr Kartoffeln.

Hierdurch findet, da nicht alle Stärke in Zucker und Alkohol umgewandelt werden kann, eine grenzenlose Materialverschwendung statt. Professor Weber und die Steuerbehörde haben in der Brennerei des Prinzen Friedrich Carl zu Düppel hierüber Ermittlungen angestellt, welche ergaben, daß vom Scheffel derselben Kartoffeln beim Dickmaischen nur 507% Alkohol, dagegen bei einer $\frac{3}{4}$ Maischung 614% Alkohol erzielt worden sind.

ad 2. Während der schlichte, gesunde Menschenverstand von selbst darauf hinweist, daß die geringeren Kartoffeln mittelst der Brennerei ihre Verwerthung finden, ist diese Benutzung durch die Maischraumsteuer abgebrochen. Wenn also in Folge großer Dürre auf trockenen Ländereien die Kartoffeln klein bleiben und nicht zur vollen Entwicklung kommen, oder wenn in kalten, feuchten Jahren auf bündigerem Acker Aehnliches stattfindet, oder die Kartoffeln der verheerenden Krankheit unterliegen, dann müssen Tausende von Centnern völlig ungenutzt verfaulen, weil sie als Verkaufsware zur menschlichen Nahrung unbrauchbar, direct in den vorhandenen Massen nicht verfüttert werden können, die Verwerthung durch die Spiritusfabrikation aber durch das Steuergesetz unmöglich gemacht wird.

ad 3. Der Stärkemehlgehalt der Kartoffeln wechselt je nach den Sorten, der mehr oder weniger vollkommenen Ausbildung der einzelnen Knollen, je nach den Jahrgängen und je nach der verschiedenen Beschaffenheit der Böden und deren Cultur zwischen 13 und 26%. Die Abweichung des Stärkemehlgehaltes der Kartoffeln kann somit 100% betragen. Die stärkemehlrreichsten Kartoffelsorten verlangen jedoch, um mit Vortheil angebauet werden zu können, milden, tiefgründigen, humosen Boden. Auf leichten Sand-, trockenen

Kalk- und Grandböden liefern die besseren Kartoffelsorten völlig ungenügende Erträge; während hier mittelst anderer Sorten die höchsten Reinerträge gewonnen werden.

Je nach der Güte des zu verwendenden Materiales, nach Größe und Vollkommenheit der Betriebs-einrichtungen, welche bezüglich der Ausnutzung des Raumes noch in enger Beziehung zu einander stehen, wird die Ausbeute an Spiritus eine sehr verschiedene sein. Hierdurch findet eine außerordentlich ungleiche Belastung des gewonnenen Spiritus statt. Während der mit großem Capitale und dem günstigsten Boden an sich so sehr bevorzugte Brenner nur 9 Pfennige vom Quart 50% Branntweins zahlt, muß der ungünstig situirte 12 — 15 Pfennige zahlen oder zum größten Nachtheil seiner Wirthschaft den Betrieb einstellen. Die Maischraumsteuer kann, da sie nicht auf der Production selbst, sondern auf den Bedingungen der Production ruht, sich also nur nach dem mutmaßlichen, nicht nach dem factischen Ertrage der Brennerei richten, die verschiedene Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen nicht berücksichtigen. Sie enthält daher eine schreiende Ungerechtigkeit in der Vertheilung der Steuer auf den Einzelnen. Darum hat auch bislang kein Vertheidiger der Maischraumsteuer deren Ungerechtigkeit in Abrede gestellt.

Wenden wir uns nun dem zweiten Theil unserer Aufgabe zu, und unterziehen wir die Frage der Zweckmäßigkeit der Einführung der Fabrikatsteuer einer genaueren Betrachtung, so haben wir verschiedene Bedenken und Einwände zu widerlegen.

Zuerst begegnen wir dem Satze, daß durch die Einführung der Fabrikatsteuer ein Steneraufschlag von 20 bis 25% zu befürchten sei, sobald sie obligatorisch werde. Wir vermögen dieses Bedenken nicht zu theilen. Bei der sehr niedrig gegriffenen Durchschnittsausbeute von $7\frac{1}{2}\%$ beträgt die Steuer für das Quart 50% Branntweins 12 Pfennige, und ferner:

Bei der Ausbeute von	beträgt die Steuer für das Quart 50% Branntweins:	beträgt die Steuer für die 8000 Quart-Procent Spiritus:
6 %	15 Pfennige	6,66 Thaler,
6½ "	13½ "	6,15 "
7 "	12 "	5,71 "
7½ "	12 "	5,33 "
8 "	11½ "	5 "
8½ "	10½ "	4,7 "
9 "	10 "	4,44 "
9½ "	9½ "	4,21 "
10 "	9 "	4 "
10½ "	8½ "	3,81 "
11 "	8½ "	3,63 "

Wird nun die Fabrikatsteuer für die erste Zeit auf 12 Pfennige für das Quart 50% Branntweins und sich successive auf 9 Pfennige vermindert festgestellt, so kann nicht eingesehen werden, woher die Hinaufschraubung der Steuer kommen sollte. Es geht aber hieraus um so nachdrücklicher die Mahnung hervor, daß die Fabrikatsteuer der Wahrheit der gemachten Erfahrungen gemäß angelegt werde. (Die großen Brennereien, welche stärke-mehlreiche Kartoffeln verarbeiten, zahlen 9 Pfennige vom Quart 50% Branntweins. Der wirkliche Durchschnittssatz beträgt etwa 11 Pfennige.) Die Gewährung des sog. Bierzehn-Pfennig-Tarifs wäre daher absolut unannehmbar; sie würde nichts weiter bedeuten, als daß man uns Steine statt Brod reicht, und sich auf Seitenwegen unseren berechtigten Forderungen entziehen wolle.

Der zweite und entschieden schwerwiegendste Grund, welcher gegen die Fabrikatsteuer vorgebracht wird, besteht in der gefürchteten Concurrenz der Rübe. Es ist richtig, daß bei der jetzigen Maischraumsteuer die Runkelrübe, ja selbst nicht einmal die zuckerreichste Zuckerrübe ihres großen Wassergehaltes wegen zur Verarbeitung auf Spiritus benutzt werden kann. Aber wird sich dies ändern? Einige haben diese Befürchtung ausgesprochen, und meinen mittelst Sortiren der Rüben noch ein Geschäft zu machen, indem sie die schlechten auf Spiritus und die guten auf Zucker verarbeiten. Das Beispiel Frankreichs wird vorgeführt, um zu beweisen, daß die Einführung der Fabrikatsteuer sofort eine Ueberschwemmung mit Rübenbrennereien herbeiführen würde. Gleichzeitig muß man einräumen, daß der Norddeutsche Kartoffelspiritus selbst die Concurrenz in Frankreich trotz des namhaften Schutzzolles zu Gunsten der dortigen Spiritus-Industrie bestche. In Frankreich wird aber die Rübenspiritusfabrikation gar nicht in so hervorragender Weise betrieben. Bis zu 56% des in Frankreich erzeugten Spiritus werden aus Wein gewonnen, dagegen nur 16% aus Rüben, 16% aus Melasse und etwa 11 bis 12% aus mehligten Stoffen. Wenn nun in Frankreich, das als abschreckendes Beispiel angeführt wird, die Rübenbrennerei, unter den in jeder Hinsicht günstigsten Verhältnissen arbeitend, gar nicht vermochte, sich die erste Stelle zu erobern, und das Brennereigewerbe daselbst trotz seines Schutzzolles unter der Concurrenz der Norddeutschen Kartoffel-Spiritus-Industrie zu leiden hat, welche Gefahr hat es dann mit der Concurrenz der Rübe? Sehen wir nun auch nach anderen Ländern, wo die Maischraumsteuer nie bestand, z. B. nach Baiern. Hat da etwa die Rübenbrennerei eine für die Kartoffelbrennerei so gefährdende Stellung gewonnen? Und doch besteht in Baiern als Brennsteuer nur der Malzaufschlag, welcher bei dem Verarbeiten von Zuckerrüben ganz erspart würde!

Mit unseren Herren Gegnern befinden wir uns in voller Uebereinstimmung, daß der Kern der Bedeutung der Spiritusfabrikation in der Erzielung eines guten und nicht zu theuren Futters liege. Die Rübenschlempe steht in ihrem Nährwerthe aber weit hinter dem der Kartoffelschlempe. Leider sind uns zuverlässige Analysen nicht bekannt*). Auf Grund der in den fünfziger Jahren unternommenen Fütterungs-

*) Im Großen und Ganzen wird man schwerlich einen erheblichen Irrthum begehen, wenn man den Nährwerth der Rübenschlempe zur Kartoffelschlempe aus dem Verhältnisse des Nährwerthes der Rüben zu dem der Kartoffeln berechnet. Allerdings fällt bei den Rüben das Einmaischwasser weg, dafür aber auch der Malzzusatz von 5 — 10%.

Nach Professor Dr. Emil Wolff enthalten durchschnittlich in Procenten:

	N freie Nährstoffe.	N haltige Nährstoffe.	Fett.
Kartoffeln	21,0	2,0	0,3
Futterrunkelrüben	9,1	1,1	0,1
Zuckerrüben	15,4	1,0	0,1
Kartoffelschlempe	3,0	1,0	0,1
Die Rübenschlempe hieraus berechnet, ergibt:			
Schlempe v. Futterrunkelrüben	1,3	0,55	0,05
„ „ Zuckerrüben	2,2	0,5	0,05

Nach Professor Dr. Julius Kühn enthalten durchschnittlich in Procenten:

	Trockensubstanz.	N freie Nährstoffe.	Protein.	Fett.
Kartoffeln	25,0	20,7	2,0	0,3
Futterrunkelrüben	12,0	9,0	1,1	0,1
Zuckerrüben	18,5	15,3	1,0	0,1
Kartoffelschlempe	5,0	2,8	1,0	0,15
Die Rübenschlempe hieraus berechnet, ergibt:				
Schlempe aus Futterrunkelrüben	2,4	1,21	0,55	0,05
„ „ Zuckerrüben	3,7	2,07	0,5	0,05

Hiernach wären in der Schlempe sowohl von Futterrunkelrüben, wie auch von Zuckerrüben etwa nur die Hälfte der Proteinstoffe und nur $\frac{1}{2}$ bis $\frac{1}{3}$ des Fettes enthalten, wie in der Kartoffelschlempe. Und doch sind es gerade diese Stoffe, welche im Futter am höchsten geschätzt werden müssen. Aber auch die N freien Nährstoffe wären in der Schlempe aus Zuckerrüben nur etwa zu $\frac{2}{3}$ und in der aus Futterrunkelrüben nicht einmal zur Hälfte gegenüber der Kartoffelschlempe enthalten.

versuche kann mit Sicherheit geschlossen werden, daß der Nährwerth der Rübenschlempe gegenüber der Kartoffelschlempe fast noch geringer ist, als der von Sommergetreidestroh gegenüber gutem Heu. Bedenkt man, daß es für den Nähreffect aber etwas ganz Anderes ist, ob die dem thierischen Körper gebotenen Nährstoffe in einer entsprechenden oder in einer homöopathisch verdünnten Form gegeben werden, rechnet man hinzu, daß den Thieren schon ein kleineres Maaß der gereichten Rübenschlempe widersteht, und daß die Verdaulichkeit der Nährstoffe der Rüben durch das Kochen und die Schlempebereitung durchaus nicht befördert wird, wie dies dagegen bei den Kartoffeln in so erheblichem Maaße stattfindet, so können wir uns nicht verhehlen, daß der Haupt-Impuls für den Betrieb der Rübenbrennerei problematisch wird.

Die Herstellung derselben Spiritus-Menge aus Rüben erfordert, daß eine um's Mehrfache größere Masse Rohmaterial von der Erndte an bis zur Gewinnung des Destillats verarbeitet werde, und verursacht dem entsprechend einen weit größeren Kostenaufwand. Auch ist die Cultur der Rübe mit mehr Kosten und Risiko verknüpft. Der Rübenspiritus hat weniger Werth, als der Kartoffelspiritus, und einen beschränkteren Markt, da er nicht als Getränk gesucht wird, zu manchen technischen Zwecken, wie z. B. zur Parfümerie nicht verwendet werden kann.

Endlich wollen wir folgende Aeußerung des Geh. Regierungsraths Dr. Renning*) nicht unerwähnt lassen: „Als wesentliches Motiv gegen die Productsteuer hat man angeführt, es werde in Folge derselben die Rübe als Rohmaterial die Kartoffel verdrängen. Das ist schwer zu glauben; einer der hervorragenden Redner für die Maischsteuer hat S. 154 der Verhandlungen des Congresses Norddeutscher Landwirthe nachgewiesen, daß $\frac{3}{4}$ des Areal's in Preußen nicht zum Rübenbau geeignet sind, und auf dem übrig bleibenden $\frac{1}{4}$, wo die Zuckerfabriken ihren Sitz haben, soll nun die Rübe als Rohmaterial für die Brennerei die Kartoffel verdrängen! Die Güter mit Rübenboden werden nicht daran denken, ihre Rüben zu verbrennen, so lange die Zuckerfabriken eine wesentlich höhere Rente geben. Und ein anderer Vertheidiger der Raumsteuer verbürgt die Thatsache, daß eine Zuckerfabrik in den Jahren 1857 — 1867 nicht mehr als 16 $\frac{3}{4}$ % ertragen habe, die Preßlinge freilich als gratis berechnet. Erst wenn die Brennereien mit gleich günstigen Abschlüssen hervortreten können, darf man diese Gefahr befürchten.“

Drittens wird uns entgegengehalten, daß die heutige hohe Stufe, auf welcher das Brennereigewerbe stehe, eine Folge der Besteuerungsweise sei. Wir stellen dem die einfache Thatsache gegenüber, daß überhaupt alle Gewerbszweige, auf welche die mannigfaltigen Entdeckungen in den Naturwissenschaften und im Maschinenwesen fördernd einzuwirken vermochten, rapide Fortschritte gemacht haben. Oder sind vielleicht die colossalen Fortschritte im Gebiete der Fabrikation chemischer und pharmaceutischer Gegenstände, in der Färberei, Manufactur und Lederfabrikation, ja im Gebiete der Thierzucht u. u. auch nur die Folge einer so übertriebenen Specialbesteuerung? Eine Folge hat allerdings die Maischraumsteuer für die Entwicklung des Gewerbes gehabt, das ist die Ausbildung in der Anfertigung dicker Maischen, mittelst welcher auf Kosten des mangelhaft ausgenutzten Materials eine Steuerersparniß erreicht wird. Hierin liegt aber eine gesetzlich zulässige Steuerverkürzung.

Als vierter Grund wird angeführt, daß die Maischraumsteuer und das betreffende Gesetz alt und eingelebt seien. Ein eifriger Anhänger der Maischraumsteuer äußerte sogar die Ansicht, daß: „weil einmal die jetzige Besteuerung schon lange in Deutschland bestanden und die Bewohner des Zollvereins (?) sich in dieselbe hineingelegt, wir auch für die nächste Zukunft nur von dem jetzigen Besteuerungsmodus Heil zu erwarten hätten.“ Es scheint diesem Herrn völlig entgangen zu sein, daß i. Z. in Kurhessen die Blasensteuer, heute noch in Baiern nur die Malzsteuer, in der Rheinpfalz und früher im Frankfurter Gebiete

*) Amtsblatt für die landwirthschaftlichen Vereine, zugleich Organ für die landw. Versuchsstationen des Königreichs Sachsen, Nr. 9 des Jahrgangs 1869.



eine Branntweinsteuer überhaupt nicht bestand etc. Daß ein Gesetz alt und eingelebt sei, kann überhaupt kein Grund für die Beibehaltung desselben sein, wenn man die Ueberzeugung gewonnen hat, daß es ungerath und unzweckmäßig ist. Gesetze müssen sich dem fortschreitenden Culturstand und den Zeitverhältnissen accommodiren. Es kann aber wahrlich nur als ein beklagenswerther Zustand bezeichnet werden, wenn ein so tiefeingreifendes Steuergesetz, das schon vor 50 Jahren für allgemeinere Verhältnisse unbrauchbar war, und von dem seine eifrigsten Vertheidiger zugestehen müssen, daß solches, wäre es nicht vorhanden, heute sicher nicht eingeführt würde, immer noch aus Pietätsrückichten aufrecht erhalten werden soll und dem ganzen Norddeutschen Bunde einschließlich der südlichen Provinzen des Großherzogthums Hessen aufgebürdet wird.

Fünftens endlich wird der Ruin der Norddeutschen Sandebene in Aussicht gestellt. Diese kühne Behauptung, welche nebst der bereits beleuchteten Rüben-Concurrenz so vielfach in allen Variationen ausgebeutet wird, und welche allerdings dazu angethan ist, ängstliche Gemüther gegen die Einführung der Fabrikatsteuer einzunehmen, wird schließlich noch einer Betrachtung unterzogen werden müssen. Vor allen Dingen müssen wir fragen: Auf welche Weise dieser Ruin wohl sollte herbeigeführt werden?

Das wäre etwa möglich:

- 1) Durch die Concurrenz der Rübenbrennereien, wenn diese die Kartoffelbrennereien unterdrücken könnten;
- 2) durch noch höhere Steuerüberlastung und
- 3) in Folge der Concurrenz, bezw. durch die sog. Ueberproduction.

Die Punkte 1 und 2 haben bereits ihre Widerlegung gefunden. Wenn es nun mit der gefürchteten Concurrenz der Rübe keine Gefahr hat und die Fabrikatsteuer nach gerechten und der Wahrheit entsprechenden Sätzen normirt wird, so ist es uns erlaubt zu fragen, woher denn die tödtliche Concurrenz kommen könnte. Droht diese Gefahr vielleicht vom Süden, dessen verhältnißmäßig kleinen Brennereien wegen der Einführung eines für ihre Verhältnisse sehr harten und ungerechten Gesetzes zum einen Theile bereits dem Untergang verfallen sind, zum andern Theile aber trotz großer Opfer ein kümmerliches Dasein fristen, oder am Rande des Abgrundes stehen? Fürchtet man etwa die Concurrenz von derselben Seite, von welcher ein exaltirter Lobredner der Maischraumsteuer ausrief: „Die Herren haben den niederen Steuersatz gehabt. Haben die Herren vielleicht die zollvereinsländische Spiritus-Industrie nach Frankreich und England getragen!“ Das scheint zwar gegen alle Logik, und dennoch liegt offenbar hier der Kern des Streites. Es ist aber nicht die Furcht vor einer tödtlichen Concurrenz, sondern es ist die Sorge, daß das durch die Ausdehnung der preussischen Steuergesetzgebung auf den Norddeutschen Bund und das Großherzogthum Hessen gehoffte und theils bereits gewonnene, vermehrte Absatzgebiet der neu zugezogenen Länder und Landestheile durch Einführung der Fabrikatsteuer wieder geschmälert werde. Man fürchtet, die Brennereien dieser Districte könnten durch Einführung der Fabrikatsteuer dem sonst sicheren Verderben entrissen werden, ja man fürchtet vielleicht noch im Geheimen, in diesen Gegenden könnte das Brennereigewerbe schließlich gar noch einen Aufschwung nehmen und statt vermehrter Absatzquellen neue Concurrenz entstehen. Dieser Thatbestand wird dann auf die verschiedenste Weise bemäntelt.

„Die leichten Bodenarten der Norddeutschen Ebene, die 1400 □ Meilen reinen Sandbodens von der 4900 □ Meilen großen Fläche Preußens, sowie die 120 Millionen Morgen für Kartoffelbau geeigneten Bodens der 180 Millionen Morgen großen Ackerfläche Norddeutschlands“ werden vorgeschoben. Sogar „die schlechten norddeutschen und die wohlgestalteten süddeutschen Gefilde“ müssen herhalten, ja man geht soweit, daß man die Steuergesetzgebung als Vormundschafsrath gegen Diejenigen in Anspruch nimmt, welche

Brennereien anlegen wollen, wo dies nicht naturwüchsig sei*)! Wir dürfen wohl fragen, wer denn den Herren das Recht giebt, im Namen Preußens oder gar der gesammten norddeutschen Ebene zu sprechen? Beweist nicht der fast einstimmige Ruf aus Rheinland, Westphalen, Hannover und Hessen-Nassau, sowie aus Oldenburg u. s. w., daß man sich für solche Anwälte bedanke? Gehören etwa die gesegneten Fluren der Magdeburger Börde, des Fürstenthums Halberstadt, Braunschweigs, der goldnen Au' bei Nordhausen, des Oderbruchs, der Probstei u. s. w. zu Süddeutschland? Man denke doch auch an die rauhen und armen Gebirgsgegenden des Südens, wie den Speßart, die Rhön, den Taunus, den Hundsrück, den Vogelsberg, den Odenwald u. s. w., sowie an die ausgedehnten Strecken von Sand- und Kiesböden in der Main- und Rheinebene, wo sich in Mitten einer stark bevölkerten Gegend große Kiefernwälder dicht in die Nähe der Städte ziehen, u. s. w.

Man gönnt den Süddeutschen den Wein- und Tabaksbau, und nimmt dafür die ausschließliche Befugniß zum Brennereibetriebe in Anspruch. Wie verhält es sich nun mit dem Wein- und Tabaksbau in den dem Steuergebiete neuerdings zugefügten Ländern und Provinzen? Die Cultur der Reben ist abhängig von dem Vorhandensein einer südlichen oder südwestlichen Abdachung bei sonstigen entsprechenden klimatischen und Boden-Verhältnissen. Weder die Ebene, noch das Gebirge, noch alle andere Abdachungen des Hügellandes sind zum Weinbau geeignet. Der Weinbau der dem Steuergebiet neu zugetheilten Länder wird repräsentirt:

1) vom Kgl. Preuß. Regierungsbezirke Wiesbaden (ehemaliges Herzogthum Nassau):

Es kommen auf 1,004856 Morgen landwirthschaftlich benutzten Bodens 13,559 Morgen Weinberge, also etwa $1\frac{1}{3}\%$;

2) vom Großherzogthum Hessen:

Hier entfallen

a. auf Oberhessen (zum Norddeutschen Bunde gehörig):

von 826,040 Morgen landwirthschaftlich benutzten Bodens 54 Morgen Weinberge oder $0,0065 = 1\frac{1}{3}\%$;

b. auf Starkenburg:

von 645,491 Morgen landwirthschaftlich benutzten Bodens 2398 Morgen Weinberge oder $0,371 = \text{circa } \frac{1}{3}\%$ und

c. auf Rheinhessen:

von 489,709 Morgen landwirthschaftlich benutzten Bodens 32,349 Morgen Weinberge**) oder $6,605 = 6\frac{1}{2}\%$.

Dagegen waren gleichzeitig in der preussischen Rheinprovinz 49,017 Morgen Weinberge angelegt.

Noch weit unbedeutender ist der Tabaksbau. Weder in den Kgl. Preuß. Regierungsbezirken Cassel und Wiesbaden, noch in den Großh. Hessischen Provinzen Oberhessen und Rheinhessen***) wird ein auch

*) Bericht über die Verhandlungen des II. Congresses Norddeutscher Landwirthe zu Berlin vom 8. bis 13. Februar 1869, im Auftrag des geschäftsführenden Ausschusses erstattet durch H. Schumacher zu Jarchlin in Mecklenburg. Berlin, Verlag von W. Möser. 1869.

**) Zeitschrift für die landw. Vereine des Großherzogthums Hessen. Jahrgang 1867. Nr. 43.

***) Zeitschrift für die landw. Vereine des Großherzogthums Hessen. Jahrgang 1868. Nr. 14.

Der Anbau des Tabaks betrug im Jahre 1867 in Oberhessen 5 Morgen und in Rheinhessen nur 4 Morgen.

nur nennenswerther Tabaksbau betrieben. Derselbe beschränkt sich lediglich auf Starckenburg, wo von 645,491 Morgen landwirtschaftlich benutzten Bodens 3251 Morgen, also $\frac{1}{2}\%$ mit Tabak bepflanzt werden. Hierzu muß indessen ausdrücklich erwähnt werden, daß von diesen 3251 Morgen allein der an Baden grenzende Kreis Heppenheim 2661 Morgen, und der nächst gelegene Kreis Bensheim 284 Morgen ausstellt. Der angezogene Tabaksbau erstreckt sich in erheblicher Weise auf nicht einmal ein Duzend Orte. Dagegen hatten die alten Provinzen Preußens mit Einschluß einiger Enclaven im Jahre 1866 30,352 Morgen mit Tabak bestellt, davon der Regierungsbezirk Potsdam allein 6624 Morgen*). Cines weiteren Commentars bedarf es nicht. Die Verweisung auf Wein- und Tabaksbau ist mithin nichts weniger, als zutreffend. Mit gewiß besserem Rechte vermögen wir auf die Zucker-Industrie des Nordens zu verweisen, denn sie hat mit der Spiritusfabrikation das gemein, daß sie erhebliche Mengen Futtermaterial für den Viehstand liefert, was bekanntlich weder beim Wein- noch bei dem Tabaksbau im Entferntesten der Fall ist.

Das zwingende Bedürfnis zum Betriebe der Brauntweinbrennerei wird im Süden, wie im Norden empfunden. Hier wie dort finden sich große Complexe leichter Bodenarten, welche auf die Cultur der Kartoffeln angewiesen und von der Natur zur Spiritus-Industrie wie geschaffen erscheinen. — Wir kommen hiermit auf die Frage, ob die Erhaltung der Maischraumsteuer im Interesse der Cultur der leichten Bodenarten liege? Bergegenwärtigen wir uns, daß eine der wesentlichsten Chancen der Maischraumsteuer auf den Stärkemehlgehalt der Kartoffeln basirt, so liegt die Frage nahe: Auf welchen Bodenarten werden die stärkemehlreichsten Kartoffeln erzielt? Unsere ganz bestimmte Antwort geht dahin, daß die stärkemehlreichsten Kartoffelsorten, insbesondere die Zwiebelkartoffeln und ähnliche Sorten auf den tiefgründigen, günstig gemischten, milden und fruchtbaren Böden die reichsten und sichersten Erndten liefern, und daß auch innerhalb der Sorten hier die stärkemehlreichsten Knollen gewonnen werden. Je leichter der Boden und je trockener der Untergrund wird, um so weniger finden die besseren Kartoffelsorten ihren richtigen Standort, während die Bedeutung des Kartoffelbaues — in den dem Boden angemessenen, aber stärkemehlärmeren Sorten — gerade hier in das hellste Licht tritt. Man kann nicht behaupten, daß die Maischraumbesteuerung im Interesse der Sandboden-Wirthschaften liege. Aus dem Umstande, daß viele Brenneretbesitzer gewisser Sandgegenden sich für die Beibehaltung derselben aussprechen, kann Gegentheiliges nicht gefolgert werden, indem dabei andere Rücksichten zu Grunde liegen, welche wir weiter unten zu berühren haben werden. Wäre dem nicht so, so müßten die Landwirthe der Lüneburger Heide und aller übrigen Gegenden mit leichten Bodenarten das gleiche Interesse an der Erhaltung der Maischraumsteuer haben, was jedoch nicht zutrifft.

Wir glauben mit Vorstehendem die Einwände gegen die Zweckmäßigkeit der Fabrikatsteuer widerlegt zu haben, und wollen zum Schlusse noch die vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte aus vorgebrachten Einwürfe auf ihren wahren Werth zurückführen. Unserem Verlangen nämlich, den hohen Brennsteuer-Betrag wenigstens auf eine gerechte Weise zu vertheilen, wird entgegnet**): „Eine Industrie kann nur dort existiren, wo sie naturwüchsig ist; nicht der Steuermodus, sondern die Verhältnisse bedingen die Rentabilität; nicht die Steuerdifferenz kann die Rettung der Brennereien bringen, sondern das gut verwendete Rohproduct“ — und „die kleinen Brennereien fallen nicht wegen der Maischraumsteuer, sie fallen nach demselben Gesetze, nach welchem die Spinnrocken gefallen sind. Die Dampfmaschine hat das kleine Gewerbe beseitigt.“ Das Brennereigewerbe ist — nach den früher zur Genüge erörterten Sätzen — naturwüchsig:

- a. Wo durch angemessenen Kartoffelbau ein hoher Reinertrag gewonnen wird und
- b. wo die Futterproduction unsicher und ungenügend ist.

*) Centralblatt für Abgaben 2c. Nr. 24 d. J. 1867.

**) Verhandlungen des II. Congresses Norddeutscher Landwirthe, Seite 148 und 158.

Ein hoher Reinertrag kann mittelst Kartoffelbau entweder bei absolut hohen Erndten, insbesondere durch Gewinnung großer Mengen Stärkemehl pro Morgen mittelst der besten Kartoffeln auf mildem, fruchtbarem Boden, oder in Folge relativ guter Erträge auf leichtem Boden, wo in der Kartoffel die lohnendste Kulturpflanze gezogen wird, erzielt werden. Das mehr oder weniger günstige Verhältniß von vorhandenen Wiesen und Weiden, sowie die Möglichkeit und Sicherheit des sonstigen Raufutterbau's wird gleichfalls von entscheidendem Einflusse sein. Erst in dritter Reihe, d. h. als von weit untergeordnetem Werthe kommen die Produktionskosten in Betracht. Unter sonst gleichen Umständen wird der Großbetrieb billiger produciren. Die Spiritusfabrikation ist aber kein Gewerbe im Sinne anderer Gewerbe. Ihr Ziel ist nicht allein die Herstellung von Spiritus, sondern auch die Production der Schlempe, neben der gesicherten Verwerthung der nicht aufspeicherbaren Kartoffeln. Wir sind mit der Ansicht unserer Herren Gegner einverstanden, daß die Erhaltung der Brennereien eine Kulturfrage ist und der Nationalwohlstand durch dieselben sehr gefördert wird. Dies ist jedoch nicht nur für die Provinzen Sachsen und Brandenburg der Fall, sondern es gilt für ganz Deutschland.

Dieser einfachen Sachlage gegenüber hat die immer mehr und mehr sich einseitig entwickelnde Betriebsrichtung, wie sie durch die Maischraumbesteuerung veranlaßt worden, die natürlichen mehr oder weniger günstigen Bedingungen für die Spirituserzeugung verschoben. Anstatt sich die Frage zu stellen: „Von welcher Sorte Kartoffeln wird für den betreffenden Boden u. die größte Menge Stärkemehl pro Morgen erzielt?“ ist man genöthigt zu fragen: „Welches sind die stärkemehltreichsten Kartoffeln?“ Anstatt zu rechnen: „Welche Ausbeute wird aus 100 Pfund Kartoffeln von einem gewissen Stärkegehalt, oder besser, aus 100 Pfund Stärkemehl erzielt?“ wird die das bestehende gänzlich verkehrte System kennzeichnende Berechnung der Ausbeute nach Procenten des Maischraums ausgeführt. Leider ist der Steuermodus und die Steuerdifferenz allerdings jetzt mehr von Entscheidung für die Rentabilität des Gewerbes geworden, als die natürlichen Bedingungen desselben. Völlig unverständlich ist der Hinweis auf das „gut verwendete Rohproduct.“ Kann man wohl von einer guten Verwendung des Rohproduct's sprechen, wenn es gilt, den so theuren Maischraum auszunützen? Ist es etwa eine gute Verwendung des Rohproductes, wenn durch die zur Steuerersparung, bezw. zur Rentabilität des Gewerbes nöthige dicke Einmischung von derselben Menge und Sorte Kartoffeln nur 507% Alkohol lieferte, während die $\frac{3}{4}$ Maischung 614% Alkohol ergab?

Dagegen ist nicht in Abrede zu stellen, daß der mit reichem Capitale ausgestattete Großbesitz durch den Großbetrieb überhaupt billiger produciren wird, weil sich seine Generalunkosten verringern und weil er, mit vollkommeneren Betriebseinrichtungen versehen, auch günstigere Resultate in der Ausbeute erzielt. Dies ist in der Sache selbst begründet und bei anderen Gewerben ebenso. Durchaus ungerechtfertigt jedoch ist der bei der Steuerbemessung dem Großbetriebe obendrein zugewendete Vortheil. Die größere Spiritusausbeute, vielleicht durch billiger producirtes Rohmaterial, welches man eher geneigt ist zu verschwenden, noch gesteigert, zahlt dem Betriebe bei geringerem Capital, kleinerem Besitze, theurerem Boden und theureren Arbeitskräften gegenüber, weit weniger Steuer. Kommt dazu ein für das beste Rohmaterial geeigneter Boden, so bleiben große Mengen Spiritus völlig steuerfrei, während dafür der weniger günstig Situirte für sein Fabrikat wohl die doppelte Steuer tragen muß. Das erlaubt man sich die Prämie für Fleiß und Intelligenz zu nennen. Darnach würde der Fleiß und die Intelligenz in Deutschland auf sehr enge Grenzen angewiesen sein. Außerdem kann es aber nimmer Sache des Staates sein, Prämien, die ein Sporn zur intelligenten Bewirthschaftung sein sollen, zu gewähren. Das muß Sache der Concurrenz sein!

Wenn der Staat Veranlassung hat, die geringere Steuerkraft nach einer Richtung hin zu schonen, so sollte dies wahrlich nicht nach der Seite des Großbetriebes sein, und doch ist dies jetzt bei dem unrichtigen Steuermodus der Fall. Zwar scheint die Gesetzgebung ursprünglich eine andere Absicht gehabt zu

haben, wie ja der für die sog. landwirthschaftlichen Brennereien festgesetzte niedere Steuerfuß zeigt. Die desfalligen Bestimmungen sind jedoch völlig unzureichend und willkürlich.

Die in der Art der Besteuerung begründete und durch die Anwendung der Rückvergütungs-Bestimmungen noch schärfer hervortretende bevorzugte Stellung des größeren Betriebes führt häufig zu dem nicht zu unterschätzenden Nachtheil, daß die Brennerei-Einrichtungen der Wirthschaft und dem Viehstande nicht richtig angepaßt, sondern in einem diesem nicht entsprechenden Maßstabe hergestellt werden. Statt der heilsamen Folgen eines mäßigen Kartoffelbaues tritt in Folge der übertriebenen Ausdehnung desselben erheblicher Nachtheil für die Gesamtwirthschaft ein. Ebenso vermag das Uebermaaß der gewonnenen Schlempe kaum an den Viehstand verfüttert zu werden; es wird hierdurch nicht allein die zweckmäßigste Ausnutzung des Gesamtfutters verhindert, sondern auch die Gesundheit des Viehs benachtheiligt. Solche Mißstände nehmen ab, wenn der Reiz zum forcirten Betriebe gemindert wird. Die Centralisation der Spiritusfabrikation liegt nicht im volkswirthschaftlichen Interesse, aber leider wird das Gewerbe durch die Maischraumsteuer zu solcher gedrängt.

Die ungeachtet aller in den Zollvereins-Verträgen ausgedrückten Bestrebungen zur Einführung gleichmäßiger indirecter Abgaben aufrecht erhaltenen Verschiedenheiten in der Besteuerung des Brauntweins hatten ihren einzigen und letzten Grund in der herrschenden Maischraumbesteuerung. Man duldete die Ungleichheiten, weil die Steuerform den Abstufungen der natürlichen und wirthschaftlichen Verhältnisse nicht entfernt Rechnung tragen konnte, und begründete hierdurch den, einzelnen Gegenden und Ländern verliehenen, durch die angenommene Besteuerungsart gerechtfertigten Schutz. Es ist aber jetzt, indem die Nordbunds-Verfassung die Gleichstellung Aller auf dem Markte in dem Fabrikate verlangt, nur eine innere Konsequenz, wenn jenem Gebote die Forderung gegenübergestellt wird, daß die Maischraumbesteuerung, welche jenen Schutz nach sich gezogen hat, entfernt, und durch eine gerechte Vertheilung der Steuer ersetzt werde.

Auch wir treiben die Brennerei nicht aus Neigung, aber wir fürchten mit Recht, daß unsere Viehstände und die Cultur unserer Felder zu Grunde gerichtet werden, wenn man uns gerade auf Grund der Maischraumsteuer in die Concurrenz mit den an sich bevorzugten Gegenden hineinzieht und uns auf diese Weise zwingt, unsere Brennereien zu schließen, für deren Leistungen nur in den wenigsten Fällen entsprechender Ersatz gefunden werden kann. Unsere Besitzverhältnisse haben sich unter anderen Umständen ausgebildet. Wir sehen unser Eigenthum bedroht, weil wir von der Wichtigkeit, ja der Unentbehrlichkeit des Brennereibetriebes für unsere Verhältnisse überzeugt sind.

Vorstehenden Erwägungen gegenüber glauben wir mit Sicherheit erwarten zu dürfen, daß man in maßgebenden Kreisen das der Landwirthschaft eines großen Theiles des Norddeutschen Bundesgebietes durch die gegenwärtige Veranlagung der Brauntweinsteuer zugefügte schwere Unrecht in seinem vollen Maße erkenne, und dafür Sorge trage, daß die zum Vortheil einzelner Districte der großen Mehrheit der Grundbesitzer bereitete Schädigung ihrer Interessen beseitigt werde, und derjenige Besteuerungs-Modus zur Anwendung komme, welcher allein Anspruch darauf hat, eine gerechte, volkswirthschaftlich gerechtfertigte und für die fernere Entwicklung des Brennereigewerbes günstig entscheidende Vertheilung der Abgabe zu sein. Der Weg hierzu kann nur allein in der Besteuerung des fertigen Productes, also in der **Fabrikatsteuer** liegen.

Die Commission:

August Bergsträßer
auf Hof Haina.
(Starkenburg, Hessen.)

Frhr. Dael von Köth
auf Sörrenloch.
(Rhein Hessen.)

Ludwig Diefenbach
(Referent) auf Mönchhof.
(Starkenburg, Hessen.)

Dr. Georg Saag
auf der Grüneburg.
(Frankfurt a. M., Preußen)

Dr. Adolf Krämer
zu Darmstadt.

Otterborg
auf Schwalbacher-Hof.
(Rastatt, Preußen.)





206\$01465945